

Neoliberale Umverteilung von „unten“ nach „oben“ als Ursache der Massenarbeitslosigkeit

Argumente gegen den neoliberalen wirtschaftspolitischen Irrsinn auf nur einer Seite

von

Egbert Scheunemann (© www.egbert-scheunemann.de)

(2., leicht korrigierte Version, Okt. 2003)

Der neoliberale wirtschaftspolitische Irrsinn (Löhne und Sozialleistungen runter, Gewinne hoch...) *überschlägt* sich in jüngster Zeit geradezu. Die Angriffe auf das Einkommen und die Rechte kleiner Leute nehmen nahezu *hysterische* Ausmaße an: Die *Renten* sollen gekürzt werden, die *Leistungen der Krankenkassen* ebenso. Wir sollen wieder *mehr arbeiten* (Kürzung von Feiertagen etc.). Das *Urlaubs-* und *Weihnachtsgeld* im öffentlichen Dienst soll halbiert oder ganz abgeschafft werden. Die Bezugsdauer des *Arbeitslosengeldes* soll drastisch verringert, die *Arbeitslosenhilfe* soll auf das Niveau der *Sozialhilfe* gesenkt werden (Schröders „Agenda 2010“), und die nächste Stufe der *Steuerreform*, die vor allem die Reichen entlastet (weitere Senkung des Spitzensteuersatzes), soll vorgezogen werden. Immer mehr *Masseneinkommen* und damit *Massennachfrage* wird *vernichtet*. Mit der Nachfrage *sinkt* der *Absatz* von *Produkten* und damit die *Produktion* und die *Beschäftigung* – ein weiterer *Anstieg der Massenarbeitslosigkeit* ist vorprogrammiert. Gegen diesen wirtschaftspolitischen Irrsinn ein paar Argumente (mit der Bitte um möglichst weite Verbreitung per Internet, Flugblatt etc.):

1. Die BRD ist seit langen Jahren EXPORTWELTMEISTER mit WEITESTEM ABSTAND! Sie exportiert pro Kopf etwa DOPPELT so viel wie „das“ Exportland Japan! Das neoliberale Musterland USA verzeichnete im letzten Jahr hingegen ein Außenhandelsdefizit von 470 Mrd. Dollar! In der BRD KÖNNEN also die Produktionskosten (Löhne, Sozialleistungen etc.) nicht zu hoch sein, und die Produktionsbedingungen (vermeintliche „bürokratische Gängelung“, Kündigungsschutz, Umweltschutzvorschriften etc.) KÖNNEN nicht so schlecht sein im internationalen Vergleich, sonst WÄRE die BRD nicht Exportweltmeister!
2. Die *absoluten* Stundenlöhne sind in der BRD zwar sehr hoch. Die *Lohnstückkosten* (Lohnanteil pro Produkteinheit) sind aber im internationalen Vergleich der Industrieländer am *unteren* Ende aufgrund der hohen Produktivität der BRD-Ökonomie (hoher Automatisierungsgrad, schneller technischer Fortschritt etc.). Nochmals: Wäre das anders, die BRD WÄRE nicht Exportweltmeister! Der „Kostenfaktor Arbeit“ ist in der BRD geradezu hyperproduktiv!
3. Die *Lohnstückkosten* werden durch die *absolute Länge der Arbeitszeit* überhaupt nicht tangiert. Eine Ausweitung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich (Kürzung von Feiertagen, eine Stunde mehr pro Woche etc.) reduziert also nicht die Kosten pro Produkteinheit. Es können – theoretisch! – nur mehr Produkte hergestellt werden. Nur – wer soll die kaufen, wenn die Löhne und Sozialeinkommen nicht entsprechend steigen, ja zusammengekürzt werden – im Falle der Arbeitszeitausweitung *ohne* Lohnausgleich?
4. Die inzwischen Jahrzehnte währende neoliberale, marktradikale Umverteilung von „unten“ nach „oben“ war und ist eine gigantische Vernichtung von Kapital: Steigende Gewinneinkommen, die aufgrund mangelnder Nachfrage und mangelnder Absatzmöglichkeiten vom Produktionssektor in den Finanzsektor verschoben werden (Aktienkäufe etc.), werden dort immer wieder („schwarze Freitage“) in gigantischen Ausmaßen vernichtet – ohne Nachfrage, Produktion und also Beschäftigung zu vermitteln.
5. Die Staats- oder Sozialquote am Bruttonettoprodukt (BSP) willkürlich auf 40 % (oder weniger) festzusetzen bzw. zu reduzieren, ist volkswirtschaftlicher und sozialer Irrsinn. In einer *alternden* Gesellschaft (wir wollen ALLE möglichst alt werden!) MUSS die Sozialquote steigen – sonst entsteht Altersarmut. Und sie KANN steigen, solange die Produktivitätsfortschritte und das Wachstum des BSP anteilig auf Rentner und Arbeitende aufgeteilt werden. So gewinnen ABSOLUT alle – obwohl die Sozialquote steigen würde. Die erzwungene Teilprivatisierung der Altersversorgung ist nur eine Verschiebung von Sozialmitteln von den öffentlichen Kassen zu privaten Versicherungskonzernen (zu deren großer Freude!). Der weitere Anstieg der *faktischen* Sozialquote wird dadurch überhaupt nicht berührt.
6. DIE Gegenstrategie lautet also Umverteilung von „oben“ nach „unten“: Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 60 Prozent, Erhöhung der Erbschaftssteuer, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Besteuerung von Börsenumsätzen (Tobin-Steuer) – und entsprechende Senkung der Lohnsteuern und Sozialabgaben. Die da „unten“ geben erhöhtes Einkommen geradewegs wieder aus – und schaffen damit Nachfrage, Absatz, Produktion und Beschäftigung.